LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
15. Wahlperiode

Drucksache 15/2919
zu Drucksache 15/2640
08. 12. 2008

Antrag

der Fraktion der FDP

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/2640 –

Bildungschancen verbessern – Einheitsschule verhindern

I. Der Landtag stellt fest:

Im Hinblick auf die geplante Schulstrukturreform der Landesregierung sind weitreichende Veränderungen in der rheinland-pfälzischen Schullandschaft zu befürchten.

Durch die Abschaffung eigenständiger Haupt- und Realschulen werden die Probleme der Hauptschülerinnen und Hauptschüler jedoch nicht gelöst. Statt schwächere Schüler in kleinen Klassen gezielt zu fördern, sie durch einen praxisorientierten Unterricht zu motivieren oder ihnen beispielsweise bei der Überwindung von Sprachproblemen zu helfen, sollen sie einfach mit Realschülern teilweise bis zur 9. Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Dabei werden die Klassen in der Regel größer als die heutigen Hauptschulklassen, obwohl die Leistungsunterschiede zwischen den Schülerinnen und Schülern zunehmen.

Den Gymnasien, die bereits heute unter stetig steigenden Schülerzahlen und einem immer breiteren Leistungsspektrum leiden, droht ein massiver Qualitätsverlust. Sie geraten durch die Abschaffung der eigenständigen Realschule und dem damit verbundenen verstärkten „Run“ der Eltern auf das Gymnasium räumlich und pädagogisch an ihre Kapazitätsgrenzen.

Durch die geplante Zwangsfusion von Hauptschule und Realschule werden die ungelösten Probleme der Hauptschule in die Realschule hineinverlagert. Die heutige Furcht der Eltern vor der Hauptschule droht somit zur Gefahr für die Realschule plus zu werden. Wie real diese Gefahr ist, zeigt das Beispiel Bremen. Im vierten Jahr nach der Zwangsfusion von Haupt- und Realschule hat die dortige Sekundarschule heute weniger Schüler als zuvor die Hauptschule alleine, die Zahl der Integrierten Gesamtschulen hingegen hat sich seit der Reform verdoppelt.

Diese Entwicklung ist auch in Rheinland-Pfalz zu befürchten. Die Landesregierung weitet das Angebot der in internationalen Vergleichsstudien schwach abschneidenden Integrierten Gesamtschulen deutlich aus, deren Errichtung zudem erheblich erleichtert werden soll. Danach müssen es Eltern in Zukunft hinnehmen, wenn es vor Ort außer der IGS keine schulische Alternative mehr gibt. Was jedoch die Leistungsfähigkeit der Gesamtschulen anbelangt, haben renommierte wissenschaftliche Studien (PISA) wenig ermutigende Ergebnisse hervorgebracht. Danach liegen Gesamtschüler hinsichtlich ihrer Lernleistung am Ende des 10. Schuljahres deutlich hinter Realschülern und rund drei Lernjahre hinter den Gymnasiasten zurück. Dieser massive Qualitätsverlust führt keineswegs dazu, dass Kinder aus bildungsfernen Schichten eher das Abitur erreichen. Vielmehr

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 8. Dezember 2008

zeigen Untersuchungen, dass die erreichten Abschlüsse an den Gesamtschulen genauso vom sozialen Status der Eltern abhängen wie an anderen Schulen.

Vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels und des erfolgreichen dualen Ausbildungssystems ist es weiterhin auch nicht sinnvoll, junge Menschen immer länger im allgemeinbildenden Schulsystem auszubilden.

Chancengerechtigkeit für alle setzt ein wettbewerbsfähiges öffentliches Bildungswesen voraus, das Kinder und Jugendliche nach ihren jeweiligen Begabungen fördert, statt Chancengerechtigkeit mit Gleichmacherei und Nivellierung zu verwechseln. Kinder müssen tatsächlich in die Lage versetzt werden, einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Bildungsgang wählen zu können. Ein Bildungssystem, das allgemeine und berufliche Bildung als gleichwertig anerkennt, ist Garant für Chancengerechtigkeit, Durchlässigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten. Schullaufbahnentscheidungen sollten sich am Leistungsvermögen der Kinder orientieren. Wenn Kinder durch falsche Entscheidungen überfordert werden, widerspricht dies ebenso der Chancengerechtigkeit wie eine Unterforderung der Kinder. Ein differenziertes Bildungsangebot muss den verschiedenartigen Talenten der Kinder gerecht werden. Nichts ist ungerechter als die gleiche Behandlung Ungleicher.

Es ist daher zwingend notwendig, die erfolgreichen Schulformen „Gymnasium“ und „Realschule“ unangetastet zu lassen sowie alle Hauptschulen, die aufgrund der Nachfrage in ihrem Bestand nicht gefährdet sind.
Darüber hinaus bietet die praxisorientierte Duale Oberschule, die sich bei Eltern, Ausbildungsbetrieben und Schülern einer außerordentlich hohen Akzeptanz erfreut, eine erfolgreiche Alternative für Schulstandorte, die unter Akzeptanzproblemen leiden. Sie ist die einzige Schule, die das Fach „Praxis in der Schule“ systematisch entwickelt und erprobt hat. Sie sichert Schlüsselqualifikationen, Methodenkompetenz und Teamfähigkeit, die im Beruf gefordert sind. Sie erreicht mit ihrem engen Praxisbezug einen erheblich besseren Übergang in die betriebliche Ausbildung und zeichnet sich von Beginn an durch eine klare Leistungsdifferenzierung in ein Hauptschul- und ein Realschulprofil aus.

II. Vor diesem Hintergrund lehnt der Landtag den von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Schulstrukturreform ab.

Für die Fraktion:
Herbert Mertin